

## Integration:

Ein Begriff mit großer Projektionsfläche.

Er ist wohl einer der Begriffe, die in der innenpolitischen Debatte mit Worten wie Notstand oder Briefwahl um den ersten Platz rittern: Integration. Doch so oft er auch verwendet wird, so unklar bleibt meistens, was denn die jeweilige Person, die das Wort in den Mund nimmt, nun eigentlich genau darunter versteht. Der deutsche Wissenschaftler Mark Terkessidis hält fest, dass natürlich bestimmte Vorstellungen damit transportiert werden: „Tatsächlich trägt der Begriff immer noch schwer am Erbe des Provisoriums. Denn noch heute werden die Personen mit Migrationshintergrund als eine Sondergruppe der Gesellschaft betrachtet, die an die herrschenden Standards herangeführt werden muss.“

Welche Standards da denn nun dazugehören, wird von den verschiedenen innenpolitischen AkteurInnen denn auch unterschiedlich interpretiert. Die einen meinen, dass es reichen muss, wenn MigrantInnen sich im öffentlichen Raum inklusive Arbeitsplatz an die allgemeinen Regeln halten, während das, was innerhalb ihrer vier Wände passiert, die Allgemeinheit nur dann etwas angeht, wenn etwas strafrechtlich Relevantes geschieht. Andere wiederum haben ganze Kataloge an Werten und Prinzipien, Gleichbehandlung der Frauen rangiert hier meist an vorderster Stelle, gefolgt von Menschenrechten, Rechtsstaat, Trennung von Kirche und Staat oder gar völliger Säkularisierung. Soweit zwei Pole in der Debatte.

Was in diesen Haltungen enthalten ist, ist eine Zweiteilung der Gesellschaft, wie sie von vielen ExpertInnen kritisiert wird: Es wird ein homogenes „Wir“ der Aufnahmegesellschaft konstruiert, dem eine ebenso konstruierte homogene Gruppe der „anderen“ gegenübersteht. Die „anderen“ seien in dieser Logik dazu aufgerufen, sich dem „Wir“ anzupassen. Abgesehen davon, dass beide Gruppen bei Weitem nicht so homogen sind, wie diese Vorstellungen suggerieren: In dieser Zweiteilung ist eine Hierarchie enthalten, Konflikte sind vorprogrammiert, wenn die „anderen“ sich dem „Wir“ dann doch nicht beugen wollen. Eine alternative Sichtweise lautet, dass Integration ein vielfältiger Prozess ist, den sehr unterschiedliche AkteurInnen auf Augenhöhe miteinander ausverhandeln. Die Literatur zum Thema ist inzwischen geradezu unübersichtlich. Spannende Einblicke gewähren diese Werke:  
 Andreas Weigl „Migration und Integration“  
 Mark Terkessidis „Interkultur“  
 Hilal Sezgin (Hg.) „Manifest der Vielen“.



# Wer ist hier integrationsunwillig?

*Je besser sie ausgebildet sind, desto eher arbeiten MigrantInnen in einem Beruf, für den sie überqualifiziert sind.*

Text: Sonja Fercher | Fotos: Michael Mazohl

Ich putze auch. Ich schaue nicht drauf, was mir da oder dort nicht passt. Mir ist egal, welche Arbeit. Hauptsache Arbeit.“ Was diese Gastarbeiterin schildert, ist wohl eine der einfachsten Erklärungen für das, was in der Fachsprache „Dequalifizierung“ genannt wird. Damit gemeint ist, dass Menschen einen Arbeitsplatz annehmen, für den sie eigentlich überqualifiziert sind. Das Zitat stammt von einer jener Gastarbeiter-

rinnen, die seit den 1970er-Jahren nach Kärnten gekommen sind und die von der Kärntner Wissenschaftlerin Viktorija Ratkovic für ein Forschungsprojekt befragt wurden. Alle hatten in ihrem Heimatland eine Ausbildung als Buchhalterin, Bürokauffrau oder Handelskauffrau absolviert – und alle waren in unqualifizierten Tätigkeiten beschäftigt, ob im Tourismus oder in der Fabrik am Fließband.



# Early Intervention? Fehlanzeige!

*Integrationsfördernde Maßnahmen sollten möglichst rasch eingesetzt werden.*

**D**ie Überzeugung, dass ein möglichst rascher Einsatz integrationsfördernder Maßnahmen sinnvoll und notwendig ist, wird nicht von allen Verantwortlichen für Integrationspolitik geteilt. Vom Innenministerium etwa wurden bislang alle Vorschläge für Early Intervention abgelehnt: Sie würden nur zu verstärkter Zuwanderung von Asylsuchenden führen. Die negativen Folgen dieser Haltung sind schon erkennbar. Sie verursacht etwa die in vielen Fällen sehr schlechten Sprachkenntnisse von Asylberechtigten. Deutschkenntnisse auf einem Mindestlevel von A2 sind für Vermittlung und berufliche Qualifizierung unerlässlich. Dass die vielen Monate der Asylverfahren nicht genutzt werden, führt in der Regel zu längerer Arbeitslosigkeit. Umso zynischer erscheint die Forderung nach verpflichtender gemeinnütziger Arbeit zu einem Euro pro Stunde für arbeitslose anerkannte Flüchtlinge (siehe auch „Dilemma Niedriglohne“, S. 22–23).

Was für Spracherwerb gilt, gilt erst recht für mitgebrachte berufliche Qualifikationen und Kompetenzen. Auch hier verstreicht viel Zeit, bleiben Chancen für die Betroffenen, aber auch für die nach Fachkräften suchende Wirtschaft ungenutzt. Dieser kritische Befund trifft auch für ein ganz entscheidendes Element Erfolg versprechender Integrationspolitik zu: die Öffnung von Ausbildungsmöglichkeiten für jugendliche AsylwerberInnen mit hoher Bleibechance. Von den für Integration verantwortlichen Ressorts wurde etwa der Vorschlag der Sozialpartner abgelehnt, die Ausbildung bis 18 für diese Jugendlichen zugänglich zu machen. Dass etwa der Gesundheitszustand der

Geflüchteten bundesweit systematisch erhoben und verbessert würde oder gar Beratung und Hilfe bei posttraumatischen Störungen angeboten würde: Das erscheint gänzlich unvorstellbar.

Die zwei letztgenannten Defizite der Integrationspolitik haben wohl langfristig die schwersten nachteiligen Folgen für die Betroffenen wie für den Arbeitsmarkt – von den jahrzehntelangen Belastungen für die Arbeitslosenversicherung und die anderen Sozialschutzsysteme ganz zu schweigen.

Statt endlich die notwendigen Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt zu setzen, wird Integrationspolitik derzeit doppelt umgedeutet – um den Preis hoher sozialer und materieller Kosten: Zunächst soll sie einen zusätzlichen „Grenz-Zaun“ darstellen und Asylsuchende davon abschrecken, den Weg nach Österreich zu suchen. In einem zweiten Schritt wird aus den – zu einem guten Teil bewusst herbeigeführten – realen Problemen bei der Integration die Rechtfertigung für eine General-Attacke auf die bisherige Sozial- und Arbeitsmarktpolitik abgeleitet, siehe Forderungen wie die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln, die Abschaffung der Notstandshilfe, Ein-Euro-Jobs oder den Rückbau der Mindestsicherung.

Klar ist: Eine so angelegte Integrationspolitik leistet keinen Beitrag, um die zweifellos hohen Herausforderungen für eine rasche und gute Eingliederung der Flüchtlinge in den österreichischen Arbeitsmarkt zu bewältigen. Möglich wäre diese zweifellos, auch wenn es einen langen Atem braucht.

*Gernot Mitter*

MigrantInnen haben deutlich schlechtere Chancen, Jobs zu bekommen, die ihren Qualifikationen entsprechen. So ist nur rund ein Viertel der Hochqualifizierten adäquat beschäftigt. Hintergrund dafür sind durchaus individuelle Faktoren wie Sprachhürden. Der wesentliche Faktor aber sind Vorurteile gegenüber MigrantInnen. Auch der hohe Druck auf Arbeitslose spielt eine Rolle. Helfen würden ernst gemeinte Initiativen gegen Diskriminierungen sowie eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht auf schnelle Vermittlung um jeden Preis setzt.

„Sie machen jene Arbeiten, die Inländern zu schwer sind“: Mit diesem Argument wurde lange versucht, Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Funktioniert hat es nicht, die Tatsache aber besteht weiter: Laut einer Studie der AK Wien arbeiten MigrantInnen häufiger in Berufen, in denen hohe physische Belastungen zum Alltag gehören. Sie nehmen ÖsterreicherInnen die Arbeitsplätze weg? Zumindest bei Geringqualifizierten Tätigkeiten ist das eine Mär. Vielmehr stehen alle Geringqualifizierten in Konkurrenz mit jenen, die mittlere Bildungsabschlüsse haben – und genau in diesem Segment sind MigrantInnen unterdurchschnittlich vertreten.

Zweifellos gibt es viele Gründe, warum MigrantInnen stärker von Dequalifizierung betroffen sind als ÖsterreicherInnen. Doch es lässt sich nur zum Teil durch individuelle Faktoren wie sprachliche Hürden oder die schwierige Anerkennung ausländischer Abschlüsse erklären. Gernot Mitter, Arbeitsmarktexperte der AK, benennt eine weitere wichtige Ursache: „Wir haben eine ethnische Diskriminierung von Personen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt. Eine Ausprägung davon ist, dass sie eher unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt werden.“

Je besser ausgebildet, desto schlechtere Chancen: So lautet der frustrierende Befund aus verschiedenen Untersuchungen. Der Soziologe August Gächter hat die „Integrationsleistung des Arbeitsmarkts“ untersucht, nicht berücksichtigt in dieser Analyse sind die zuletzt dazugekommenen Flüchtlinge. Ein wesentlicher Befund betrifft alle ArbeitnehmerInnen unabhängig von ihrer Herkunft: Auf dem österreichischen Arbeitsmarkt ist Dequalifizierung ein verbreitetes Phänomen. Schon unter ÖsterreicherInnen gibt es Unterschiede, denn Frauen sind davon stärker betroffen als Männer. Noch stärker betroffen sind jedoch MigrantInnen.



Dazu ein paar Zahlen: Nur neun Prozent der MigrantInnen mit mittlerer Ausbildung üben auch einen Beruf aus, der dieser Qualifikation entspricht. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung trifft dies auf 27 Prozent der ArbeitnehmerInnen zu. In der kleinen Gruppe von Personen, die mit höherer Qualifikation in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten beschäftigt sind, liegt der MigrantInnenanteil bei 50 Prozent. In welcher Gruppe auch immer EinwanderInnen am Arbeitsmarkt überdurchschnittlich vertreten sind: „Es ist keine einzige vorteilhafte Arbeitsmarktposition enthalten“, resümiert Gächter. Besonders trifft dieser Befund auf MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei zu, aber auch auf afrikanische Zuwanderer und Zuwanderinnen. Die Zahlen stammen zwar aus dem Jahr 2008, doch eine Studie aus dem Jahr 2015 zeichnet für den Wiener Arbeitsmarkt ein ähnliches Bild.

### Spirale nach unten

Erneut haben Frauen schlechtere Karten. Bei ihnen spielt die Herausforderung eine große Rolle, die Kinderbetreuung zu organisieren, berichtet die Kärntner Forscherin Ratkovic. Auch alle von ihr befragten Frauen haben unqualifizierte Tä-

tigkeiten ausgeübt, obwohl einige von ihnen in ihrem Heimatland eine Ausbildung absolviert haben. Sie ergänzt: „Wenn sie Kinder bekommen oder ihre Kinder nachholen, erleben sie einen noch weiteren Abstieg.“

Und die zweite Generation? Sie haben es schon leichter als ihre Eltern. Wenn sie eine mittlere Ausbildung absolviert haben, haben sie ähnlich gute Chancen wie „Einheimische“, einen Job zu finden, der ihrer Ausbildung entspricht. Und doch haben auch sie es auf allen Bildungsstufen schwerer als die „österreichischen“ KollegInnen. Bedenklich stimmt etwa, dass die Arbeitslosen die einzige Kategorie am Arbeitsmarkt sind, in der die zweite Generation überrepräsentiert ist.

Es mag geradezu fahrlässig erscheinen, dass Unternehmen bestimmte Arbeitskräfte entweder gar nicht als potenzielle Arbeitskräfte in Betracht ziehen oder aber ihre Potenziale nicht ausschöpfen – und zwar einzig aufgrund von Vorurteilen. Dies ist nicht nur aus unternehmerischer Perspektive problematisch. Gächter hat ausgerechnet, dass den Kommunen ganze 1,3 Milliarden Euro pro Jahr an Steuermitteln entgehen, weil MigrantInnen nicht entsprechend ihren Qualifikationen, sondern in Hilfstätig-

keiten beschäftigt sind. Die MigrantInnen selbst könnten eine Milliarde Euro mehr verdienen – und würden nebenbei bemerkt auch mehr Steuern und Abgaben zum Budget beitragen.

### Bewusstseinsarbeit nötig

Was ließe sich also tun, damit MigrantInnen, ob erster oder zweiter Generation, bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben? In Österreich müsse man sich viel intensiver mit Diskriminierungen auseinandersetzen, so Gächter. Es gebe einfach zu wenig Bewusstsein dafür, auch bei Arbeitgebern. Diskriminierung sei hierzulande geradezu ein Reizwort. Zwar sei die Rechtslage recht gut, was die nachträgliche Sanktionierung von Diskriminierungen betrifft. Aber „diese reagiert auf einen Unfall, nachdem er geschehen ist“, kritisiert der Soziologe. „Zur Vorbeugung haben wir nichts Kontinuierliches.“ Am effektivsten wären deutlich höhere Strafen im Falle von Diskriminierungen. Diese aber hält Gächter für noch schwerer durchsetzbar als Maßnahmen, die zu einem besseren Bewusstsein dafür beitragen, was Gleichbehandlung der ArbeitnehmerInnen bedeutet.

AK-Experte Gernot Mitter spricht ein weiteres Problem an: „Durch die Höhe und Dauer des Arbeitslosengeldes stehen Arbeitssuchende unter hohem Druck, möglichst schnell wieder eine Arbeit anzunehmen“ – auch um den Preis einer Dequalifizierung. Entspannung ist nicht in Sicht, die aktuelle Diskussion zielt sogar auf weitere Verschärfungen ab. Schlechte Vorzeichen also für eine bessere Integration von MigrantInnen am Arbeitsmarkt.

AK-Studie zur Beschäftigungssituation von MigrantInnen in Wien:

[tinyurl.com/h9ob6zm](https://tinyurl.com/h9ob6zm)

„Die Integrationsleistung des Arbeitsmarkts“ von August Gächter:

[tinyurl.com/jsuk6jh](https://tinyurl.com/jsuk6jh)

Studie über die Kosten der Dequalifizierung von MigrantInnen:

[tinyurl.com/j7avjz3](https://tinyurl.com/j7avjz3)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

[sonja.fercher@oegb.at](mailto:sonja.fercher@oegb.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)